

## **Antrag**

**der Abgeordneten Thomas Reich, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,  
Krzysztof Walczak, Marco Schulz (AfD) und Fraktion**

**Betr.: Zügiger Wiederaufbau: unbürokratische Soforthilfe und Unterstützung  
für die Flutopfer in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz**

Durch das Hochwasser vor wenigen Tagen haben viele Menschen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ihr Leben verloren. Allein die Polizei in Rheinland-Pfalz zählt mehr als 700 Verletzte. Unzählige Häuser sind zerstört, vom Einsturz bedroht, Wohnungen unbewohnbar, viele sind obdachlos. Mehr als 60 Brücken sind zerstört. Die Wasser- und Stromversorgung ist in vielen kleinen Kommunen zusammengebrochen. Durch austretende Abwässer und Chemikalien steigt die Infektionsgefahr für die Bevölkerung. Es sind große Schäden für die Wirtschaft und die Infrastruktur entstanden.

Die von der AfD-Fraktion im deutschen Bundestag beantragte Sondersitzung, wie sie nach den Hochwasserkatastrophen 2002 und 2013 stattfand, wurde abgelehnt. In der Sondersitzung sollte ein Aufbaufonds implementiert werden und Verbesserungen des Katastrophenschutzes debattiert werden.

Die Bundesregierung stellt 200 Millionen Euro für die Hochwasserregionen zur Verfügung. Das Land Nordrhein-Westfalen sagte 200 Millionen Euro zu, Bayern 50 Millionen Euro<sup>1</sup>. Das ist bei Weitem nicht auskömmlich für die Menschen, die alles verloren haben.

Hamburg weiß nicht zuletzt aufgrund der Flutkatastrophe von 1962, welche Zerstörungskraft Wasser haben kann. Hamburg muss mit gutem Beispiel vorangehen und ebenfalls unbürokratisch eine Soforthilfe zur Verfügung stellen und den Mut haben, andere Projekte wie zum Beispiel Maßnahmen zur Minderung des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zugunsten der Flutopferhilfe zurückzustellen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen, dass der Senat aufgefordert wird:**

1. 30 Millionen Euro aus dem Haushalt der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft zulasten der Produktgruppe 295.11\_005 Energie und Klima zu entnehmen und als unbürokratische Soforthilfe für die Flutopfer zur Verfügung zu stellen,
2. der Bürgerschaft unverzüglich, spätestens aber bis zum 30. Dezember 2021, zu berichten.

---

<sup>1</sup> [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_90484126/bundesregierung-beschliesst-200-millionen-euro-hochwasser-soforthilfe.html](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_90484126/bundesregierung-beschliesst-200-millionen-euro-hochwasser-soforthilfe.html).